

Letzte Änderung: 10.09.2006 (Siehe unten)

Farce um § 4 Aufstallungsverordnung (Stand 06.09.2006)

Als die Ausstellungspapiere für Hannover in der Fachpresse publiziert wurden, erhielt der VHGW einen Anruf von einer Landestierärztekammer mit dem Hinweis, dass in den Meldepapieren der Hinweis auf die virologische Untersuchung gemäß § 4 Aufstallungsverordnung fehlt.

Diesbezüglich machte der VHGW den BDRG-Geschäftsführer aufmerksam, der mit dem VHGW der Meinung war, dass die Züchterschaft über diese Gegebenheit unterrichtet werden müsse. Der BDRG-Geschäftsführer arbeitete schnell und gab an die Fachpresse eine entsprechende Information.

Im gleichen Zeitrahmen setzte sich der VHGW mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz (BMELV) in Verbindung wegen § 4 Aufstallungsverordnung. Von dort kam die Nachricht, dass dieser Paragraph nur für Märkte gilt, also nicht für Ausstellungen.

Das machte der VHGW publik auf seiner VHGW-Bundestagung am 13. August 2006 und in der Geflügel-Börse. Aufgrund dieser Information veröffentlichte die Geflügel-Börse die überholte BDRG-Information nicht und informierte die BDRG-Geschäftsstelle über die neue Situation. Die Deutsche Geflügelzeitung verweigerte den VHGW-Abdruck. Sie hatte die veraltete Information des BDRG abgedruckt. Das sorgte für Verwirrung. Inzwischen hat der BDRG der Meldung des VHGW Nachdruck verliehen und aufgeführt, dass für Ausstellungen keine virologische Untersuchung bei Wassergeflügel notwendig ist, da das BMELV diesbezüglich auch den BDRG informierte und darüber hinaus die Bundesländer.

Jetzt wäre eigentlich alles klar gewesen und das Körwesen zur Sicherung der Hochzucht in der Wassergeflügelsparte hätte diejenige Grundlage gehabt, die für die Sicherung des Zuchtstandes von erhaltungswürdigen Rassen notwendig ist.

Man muss jedoch immer mit dem BMELV rechnen, das in hervorragender Weise einfache Dinge sehr komplizieren kann. Es wurde im Nachhinein unmissverständlich klar gemacht, dass eine Ausstellung in dem Moment ein Markt ist, wenn Tiere verkauft werden – wohl wissend, dass auf nahezu allen Aufstellungen immer Tiere verkauft werden.

Ein Hinweis auf eine Internetveröffentlichung aus Nordrhein-Westfalen, dass der Verkauf von Ausstellungstieren kein Handel ist, wurde vom BMELV ignoriert, da man sich laut BMELV mit den Bundesländern am 10. Mai 2006 einvernehmlich darauf geeinigt hätte, dass Tierversauf auf Schauen ein Handel sei.

Da die Veröffentlichung aus Nordrhein-Westfalen auf den 11. Mai 2006 datiert ist und bis heute aussagt, dass Tierversauf auf Schauen kein Handel ist, muss man sich fragen, was das BMELV unter einvernehmlicher Einigung versteht?

Es ist zu hoffen, dass NRW nicht einknickt und ihre mehr als sinnvolle Regelung aufrechterhält, denn biologisch ist die plötzliche BMELV-Forderung einer virologischen Untersuchung bei Wassergeflügel, wenn Tiere auf Schauen verkauft werden, nicht nachvollziehbar. Schauen ohne Tierversauf brauchen keine Untersuchung, Schauen mit

Tierverkauf brauchen eine Untersuchung – das ist schlichtweg grober Unfug. Das BMELV muss sich fragen lassen, ob es an politischer Vernunft fehlt!

Eine begründete Argumentation des groben Unfugs forderte der VHGW vom BMELV. Sie wurde bislang nicht gegeben.

Da die 125. Junggeflügelschau von Hannover einen Tierverkauf durchführt, ist dort die sinnlose virologische Untersuchung notwendig, obwohl der BDRG und VHGW überall melden, dass für Schauen keine virologische Untersuchung notwendig ist. Dieses gilt aber eben nur für eine reine Schau ohne Verkauf.

Von einem Züchter kam die Mitteilung an den VHGW, dass eine virologische Untersuchung nach den Auskünften seines Veterinäramtes und des Geflügelgesundheitsdienstes in Gießen innerhalb der geforderten vier Werktage (wie in § 4 Aufstallungsverordnung gefordert) nicht möglich ist.

Der VHGW machte die Probe aufs Exempel in Bayern. Dort stellte sich heraus, dass in den vier Tagen unter dem üblichen Weg der Zusendung der Tupferproben durch den Tierarzt, die PCR-Ansetzung, -Auswertung und Benachrichtigung des Züchters nicht möglich ist, vor allem dann nicht, wenn wegen eines nicht seltenen Fehlers die Untersuchung wiederholt werden muss. Zugleich ist zu bedenken, dass viele Züchter bereits vor Briefzustellung mit ihren Tieren zur Schau unterwegs sein müssen.

Dass die staatliche Vorgabe hinsichtlich der virologischen Untersuchung viel zu knapp ist, wurde dem BMELV vom VHGW mitgeteilt. Bislang blieb eine Reaktion aus. Zugleich forderte der VHGW, dass das BMELV mit seiner realitätsfremden Forderung die Garantie übernimmt, dass die von ihm geforderte virologische Untersuchung in dem angesprochenen Zeitrahmen durchführbar ist in allen zuständigen Stellen. Diese Gewähr wurde bislang nicht gegeben.

Inzwischen hört man aus anderen Bundesländern widersprüchliche Aussagen, die sogar soweit gehen, dass die vorgeschriebene Vier-Tages-Frist ausgesetzt wird. Hier wiehert der Amtsschimmel und der Dumme ist wieder einmal der Züchter, da jede Stelle ihr eigenes Süppchen kocht. Keiner weiß was aber jeder macht was – das ist anscheinend die unbefriedigende Situation, welche das BMELV mit seiner sinnlosen virologischen Forderung heraufbeschworen hat.

Es ist frustrierend, wie der Staat mit praxisfremden Methoden und Arbeitsweisen Schritt für Schritt nicht nur Erhaltungszuchten unterhöhlt, sondern nunmehr auch noch einen Anschlag auf die Ausstellungen mit ihrem so unendlich wichtigen Körwesen verübt. Denn sie wissen nicht, was sie tun, möchte man den zuständigen Beamten und Politikern unterstellen. Leider muss man jedoch davon auszugehen, dass sie genau wissen, was sie tun!

Der VHGW bleibt weiter am Ball, dass in der ausgesprochen schwierigen Situation zumindest kleine Erleichterungen für eine tierschutzgerechte Haltung und Erhaltungszucht umgesetzt werden können. Das kurz- oder zumindest mittelfristige Ziel ist die Impfung des Geflügels. Dann sind all die bisherigen Probleme vom Tisch, sofern die Bürokratie es hier nicht wieder schafft, aus einer einfachen Angelegenheit eine höchst komplizierte zu machen.

VHGW

Farce um § 4 Aufstallungsverordnung (Stand 10.09.2006)

Am 7. September 2006 kam es zu einer Bund-Länder-Tierseuchenreferentensitzung. Dort

machte das BMELV deutlich, dass § 3 Geflügelschutzverordnung auch für Geflügelschauen gilt, bei der einzelne Tiere an Dritte abgegeben werden. Das war nicht neu, da schon seit langem gehandhabt.

Im Verlauf der Sitzung stellte das BMELV dar, dass „geteilte“ Schauen, bei denen ein Teil der Tiere abgegeben werden, Märkten gleichzusetzen sind. Damit wird deutlich, dass das BMELV seinen Widerspruch zur Veröffentlichung vom 11. Mai 2006 von NRW eingesehen hat und nunmehr durch die Hintertür ihre nicht nachvollziehbare Anwendung von § 4 Aufstallungsverordnung durchsetzt. Es ist bedauerlich, dass NRW in dieser Angelegenheit eingeknickt ist und nunmehr entgegen ursprünglicher problemloser Ausstellungsmodalitäten die Ausstellungsbedingungen erschwert, indem ebenfalls die Umsetzung § 4 Aufstallungsverordnung gefordert wird bei Ausstellungen mit Tierverkauf. Nach wie vor gilt weiterhin, dass bei Schauen ohne Tierverkauf § 4 Aufstallungsverordnung nicht gilt. Da Dr. Herbert Weinandy vom BMELV hinsichtlich mehrerer Anfragen zu § 4 Aufstallungsverordnung eine Auskunft verweigerte, wurde eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn gestellt. Sie ist abrufbar unter PDF-Dienstaufsichtsbeschwerde.